

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Dr. Dagmar Enkelmann,
Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS**
– Drucksache 13/5164 –

Aufstellung eines Bundesverkehrswegeplans für eine Politik der Verkehrswende

A. Problem

Der jüngste Bundesverkehrswegeplan aus dem Jahre 1992 (BVWP '92) ist sogleich der erste gesamtdeutsche Bundesverkehrswegeplan. Nach Ansicht der Antragsteller bedarf die Verkehrsplanung im gerade erst vereinten Deutschland aus diesem Grund im besonderen Maße der Kontinuität und der Bilanzierung. Sie fordern daher die Bundesregierung auf, im Jahre 1997 den Entwurf eines neuen Bundesverkehrswegeplans und eine Bilanz über den vorausgegangenen Bundesverkehrswegeplan vorzulegen. Weiter sei mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan die Grundlage für eine Politik der Verkehrswende mit dem Schwerpunkt auf dem nichtmotorisierten Verkehr, der Schiene und dem öffentlichen Nahverkehr zu schaffen. Dem Deutschen Bundestag sollen die entsprechenden Gesetzentwürfe vorgelegt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitliche Ablehnung des Antrags

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/5164 – abzulehnen.

Bonn, den 24. September 1997

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst
Vorsitzender

Elke Ferner
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Elke Ferner

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag der Gruppe der PDS auf Aufstellung eines Bundesverkehrswegeplans – Drucksache 13/5164 – in seiner 172. Sitzung vom 24. April 1997 zur federführenden Beratung an den Ausschuß für Verkehr sowie zur Mitberatung an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie den Haushaltsausschuß überwiesen.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung vom 11. Juli 1997 mehrheitlich mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und den Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner Sitzung vom 24. September 1997 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS sowie bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat in seiner Sitzung vom 24. September 1997 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktion der SPD sowie der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, die Vorlage abzulehnen.

Der Ausschuß für Verkehr hat den Antrag in seiner 56. Sitzung vom 24. September 1997 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Gruppe der PDS beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

II.

Die Gruppe der PDS erklärte bei den Beratungen im Ausschuß, daß es zwar keine Verpflichtungen gebe, einen neuen Bundesverkehrswegeplan aufzustellen, daß es aber gleichwohl sinnvoll sei, einen zweiten gesamtdeutschen Verkehrswegeplan aufzulegen, da die Verkehrsplanung im gerade erst vereinten Deutschland im besonderen Maße der Bilanzierung bedürfe. Im geltenden Bundesverkehrswegeplan habe die Bundesregierung ausdrücklich festgehalten, daß der BVWP '92 in Übereinstimmung mit den Regelungen des Fernstraßenausbaugesetzes sowie des – aus damaliger Sicht noch zu erlassenden – Bundesschienenwegeausbaugesetzes turnusmäßig überprüft werde. Dies hätte 1997 geschehen müssen. Die Gruppe der PDS sei zwar einerseits für die formale Fortschreibung des Bundesverkehrs-

wegeplans, trete aber gleichzeitig inhaltlich für eine Politik der Verkehrswende ein.

Die Koalitionsfraktionen lehnten den Antrag ab. Zur Begründung führten sie aus, daß eine Wende in der Verkehrspolitik nicht notwendig sei. Die Politik der Koalitionsfraktionen und der Bundesregierung zielen darauf ab, die Mobilität zu erhalten, aber auch den Umweltbedürfnissen soweit als möglich Rechnung zu tragen. Der Geltungszeitraum des BVWP '92 sei wegen seiner Bedeutung als erster gesamtdeutscher Bundesverkehrswegeplan mit 22 Jahren mehr als doppelt so lang wie seine Vorgänger. Dem längeren Geltungszeitraum und der besonderen Bedeutung entsprechend umfasse der Plan auch ein größeres Volumen an nicht realisierten, volkswirtschaftlich aber hoch rentablen Maßnahmen, die es abzuarbeiten gelte. Wegen der angestrebten Konsolidierung des Bundeshaushaltes seien aber im Geltungsbereich des BVWP '92 nicht alle als vordringlich eingestuften Maßnahmen realisierbar. Der Bundesverkehrswegeplan sei eben ein Bedarfsplan und kein Finanzierungsplan. Mit Genugtuung ließe sich aber feststellen, daß trotz der notwendigen Einsparungsmaßnahmen im Gesamthaushalt die Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur in den letzten Jahren hätten beibehalten werden können.

Die Fraktion der SPD war ebenfalls der Auffassung, daß die Aufstellung eines neuen Bundesverkehrswegeplans geboten sei. Der gegenwärtige gesamtdeutsche Bundesverkehrswegeplan sei vom Umfang und vom Zeitrahmen her völlig überzogen. Da allein die Projekte des Vordringlichen Bedarfs ein Volumen von rd. 200 Mrd. DM umfaßten, und dieser auch nicht annähernd zu finanzieren sei, bekomme der Plan eine völlige Beliebigkeit. Zu Beginn der 90er Jahre, nach den politischen Umwälzungen, habe die Bundesregierung leider darauf verzichtet, eine Neubewertung aller Projekte durchzuführen und eine verkehrsträgerübergreifende Konzeption vorzulegen, die Straße, Schiene, Wasserstraße, Flughäfen und Hafenkonzepte mit einbeziehe. Deshalb bleibe nach Auffassung der SPD-Fraktion eine grundlegende Neuauflage des Bundesverkehrswegeplans notwendig, um die prioritären Projekte für die nächsten 10 Jahre und den Finanzierungsbedarf realistisch festzulegen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machte darauf aufmerksam, daß sich auch die Bündnisgrünen mit diesem Thema befaßt hätten. Dazu habe die Fraktion zwei Anträge eingebracht, nämlich einen, der sich damit befasse, den Bundesverkehrswegeplan auf ein handhabbares Maß zurechtzustutzen. Zum zweiten handle es sich bei dem Bundesverkehrswegeplan um einen reinen Infrastrukturplan, der den Verkehrsproblemen nicht mehr gerecht werde. Deshalb betrachte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in ihrem zweiten Antrag die Verkehrs-

wegeplanung unter dem Gesichtspunkt der Mobilität und beschäftige sich mit der Frage, wie man den Anforderungen des Verkehrs unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten gerecht werden könne. Gleichwohl sei der Antrag der Gruppe der PDS ein Schritt in die richtige Richtung und daher zu unterstützen.

Bonn, den 24. September 1997

Elke Ferner

Berichterstatterin